bresche info-bulletin

Nr.10

29.3.79

NACH DER AKW-SCHLACHT VOM 18. FEBRUAR

Bei der Abstimmung über die Atomschutzinitiative lag der Kanton Zug mit 47% Ja-Stimmen im schweizerischen Mittel(49%). Als einzige Zuger Gemeinde nahm Baar die Initiative knapp(51%) an, während sich die CVP-Hochburg Menzingen mit nur 32% als Standort für eine Atom-mülldeponie empfahl. Die dem zukünftigen AKW Inwil am nächsten gelegenen Gemeinden Cham, Hünenberg und Risch/Rotkreuz wiesen kantonal einen überdurchschnittlichen Ja-Stimmenanteil auf.(49%)

André Froidevaux schreibt dazu in der Bresche Nr.131: "49% Ja-Stimmen, 920'000 Menschen, 8 und zwei halbe Kantone dafür - das ist bei nüchterner Betrachtung ein sehr, sehr gutes Resultat, selbst wenn ein Volksmehr drin gelegen wäre, was für den weiteren Kampf natürlich noch bessere Voraussetzungen geschaffen hätte und dessen Nichterreichen wohl bei vielen AKW-Gegnern wohl einen bitteren Nachgeschmack hinterlässt.(...) Man darf von einem Sieg sprechen, wenn man die grundsätzlich ungleiche Verteilung der Propagandamittel, die Manöver und Tricks der Behörden und der Atomlobby einberechnet.

zur Abstimmungskampagne im Kanton Zug

Von drei Seiten wurde im Kanton Zug die Propaganda für die Atomschutzinitiative getragen: Es formierte sich auf die Abstimmung hin ein Ja-Komitee, welches nach einem späten und etwas mühsamen Start eine

BRESCHER INFO-BULLETIN

erscheint 6 mal jährlich

Verantwortlicher Redaktor:

Urs Meile

Eigendruck
Zusendungen und Abonnemente:

Bresche Info-Bulletin

Postfach 1155

6301 Zug

- I N H A L T:
- 1 AKW-Schlacht vom 18. Februar
 - 5 Schliessung der Spinnereien Aegeri
 - 8 Mutterschaftsversicherung
 - 9 SP-Matinee
 - 10 Leserbrief
 - 12 Blitzlicht

Abdruck in anderen Zeitschriften ist untersagt

sehr intensive Propagandaarbeit entfachte. Es wurden in grossem Rahmen Flugblätter verteilt, in den einzelnen Gemeinden wurden Hinweistafeln (Nur ...km bis zum AKW Inwil) aufgestellt und auf dem Eppplatz in Zug wurde ein Informationsstand eingerichtet. In fast allen Gemeinden wurden Filmvorführungen durchgeführt. Die SP begnügte sich mit einem kontradiktorischen Podiumsgespräch, zu dem sich kaum mehr als ein Dutzend Zuhörer einfanden.

Die RML schliesslich verteilte vor den Betrieben und in den Quartieren ein Flugblatt und zeigte im Burgbachkeller den Film "Gösgen" vor ca. 50 Leuten.

Rückblickend müssen wir trotz allen positiven Fakten einige Mängel bei unserer Kampagne festhalten: Die mehrjährigen Auseinandersetzungen um die Atomenergie haben zu einem seit vielen Jahren nicht mehr dagewesenen Polarisierungs- und Politisierungsprozess geführt. Auch im Kanton Zug erreichte die Diskussion im Vorfeld der Abstimmung eine erstaunliche Breite. Angesichts dieser Tatsache haben wir zu wenig getan, um dem Kampf gegen die Atomlobby eine bessere Struktur zu vermitteln.

Wir haben es versäumt, rechtzeitig die notwendigen Impulse in die Schulen, die Frauenbewegung und in die Gewerkschaften (bei letzteren mit beschränkter Hoffnung) hineinzutragen. Durch eine allzu autonome Organisation unserer Kampagne haben wir zu wenig dazu beigetragen, dass auch die klassenpolitisch wichtigen Aspekte zur Atomenergie in die Diskussionen hineingetragen wurden.

Keine RML-Mitglieder im Patronatskomitee

Diese klassenpolitischen Aspekte fehlten weitgehend in der Arbeit des Ja-Komitees. Allzu kurzsichtig waren einige der bestimmenden Komitee-Leute der Meinung, man müsse im Interesse des Abstimmungsergebnisses die Propaganda möglichst ohne klassenpolitische Brisanz führen, um so auch viele Leute des bürgerlichen Kuchens ansprechen zu können. Dies ist ein altbekannter reformistischer Trugschluss, denn die AKW-Bewegung ist in der Schweiz gerade deshalb so stark geworden, weil sie politisch argumentierte und agierte. Nur durch die Infragestellung der bürgerlichen Legalität (Recht auf Gesundheit und auf intakte Umwelt statt auf Privateigentum)

und durch die Entlarvung der bürgerlichen Demokratiemanipulationen entstand schlussendlich eine Bewegung, die fähig war, die logische Verbindung von der durch die von Kapitalinteressen bestimmten Energiepolitik des Bundes zum Aufbau eines nationalen Repressionsapparates (Busipo) zu ziehen. Der Opportunismus jener Ja-Komitee-Leute führte soweit, dass die von uns vorgeschlagenen Sybille Schmid und Bruno Bollinger für das Patronatskomitee nicht akzeptiert wurden, um einige bürgerliche Prominente nicht vom Patronat abzuschrecken. Sind sich diese Leute des Ja-Komitees bewusst, dass sie einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Repressoin gegenüber der extremen Linken leisten, indem sie die bürgerlichen Manöver zur Isolierung der Linken akzeptieren und - zumindest tendenziell - unterstützen? Ganz abgesehen davon, dass mit der RML ausgerechnet diejenige Organisation ausgeschlossen wurde, welche als einzige die Anti-AKW-Bewegung von Beginn weg voll unterstützt hat.

Auch weiterhin gilt: Lieber aktiv als radioaktiv!

Die nächste Schlacht wird am 20. Mai stattfinden, wenn über das revidierte Atomgesetz abgestimmt wird. Es wird ein sehr schwieriger Abstimmungskampf werden, weil selbst viele Befürworter der Atominitiative Illusionen in das revidierte Atomgesetz haben, welches in Wirklichkeit neben einigen aufgebauten Konzessionen (Bedürfnisnachweis, Gewähr für ein Entsorgungsprojekt, Vetorecht der Bundesversammlung) lediglich zur Absicherung des aktuellen AKW-Bauprogrammes (Enteignungsrecht für Atomülldeponien, Entschädigungsrecht, Ausklammerung von Gösgen und Leibstadt, günstiges Uebergangsrecht für Kaiseraugst, Graben, Verbois) dienen soll.

Diese Illusionen werden nicht nur vom Bundesrat und den bürgerlichen Parteien geschürt, sondern auch von der SP. So ist SP-Präsident Hubacher bereits bei der Ankündigung des Referendums mit grossen Geschützen aufgefahren und hat in demagogischer Weise die Initianten als Linksaussen und Abenteurer abgetan. Auch SP-Fraktionspräsident Euler, zugleich Co-Präsident der Atom-

schutzinitiative, reitet voll auf einer klassischen reformistischen SP-Strategie, indem er in einem Interview ("Vorwärts 4.1.79) erklärt: "Wenn man eine Wende herbeiführt, wie sie im Konzept der Umweltorganisationen jenseits der Sachzwänge und im Energiekonzept der SPS ganz deutlich und klar formuliert ist, dann kann auf behördlicher Ebene eine Politik im Sinne der Gesamtheit entwickelt werden, so dass der Druck von unten gar nicht mehr nötig ist."

Nichts wäre falscher, als auf den Druck von unten zu verzichten und stattdessen irgendetwas Illusionen ins bürgerliche Par-

Schliessung der Spinnereien Aegeri:

DIE LEHREN, DIE DARAUS GEZOGEN WERDEN MÜSSEN!

Es ist soweit: Die Spinnereien Aegeri haben ihre Pforten geschlossen und die Arbeiter(innen) stehen auf der Strasse. Wohl hat zur Zeit bereits der grösste Teil bereits einen Arbeitsplatz gefunden - im Aegerital selbst, im Kanton Zug, oder in anderen Kantonen. Doch 29 der 95 Entlassenen haben noch keine Stelle gefunden. Da es sich hauptsächlich um weibliche Angestellte

lament und den Bundesrat zu haben. Nur das Fortleben einer starken AKW-Bewegung garantiert dass die Atomlobby ihre Profitinteressen schlussendlich nicht doch durchsetzen kann.

Im Kanton Zug hat sich aus dem Ja-Komitee heraus bereits eine Gruppierung gebildet, welche den Kampf im Hinblick auf das Atomgesetz und auch auf später fortsetzen will.

* * *

handelt, wird das Problem bald gelöst sein - gibt es für Frauen doch genügend "natürliche Arbeitsplätze". Soweit wäre also wieder ein Kapitel in der Geschichte des Kapitalismus abgeschlossen.

Für die Frauenbewegung gilt es nun, nicht nur solche Vorkommnisse anzuprangern, sondern auch die nötigen Lehren zu ziehen um zu verhindern, dass solches wie-

der vorkommt, um das nächste Mal besser reagieren zu können.

Zuerst müssen wir uns die Frage stellen, ob es sich gelohnt hat, mit den Unternehmern zusammenzuarbeiten. Nach alledem, was passiert ist, ist es für uns klar: Es hat sich nicht gelohnt! Den Unternehmern konnten keine Zugeständnisse abgerungen werden. Der ausgehandelte Sozialplan kann jedenfalls nicht als Zugeständnis betrachtet werden. Die Arbeiter(innen) und ihre Organisationen, die Gewerkschaften, hätten wohl von Anfang an mit der Direktion verhandeln sollen, aber gleichzeitig auch den Widerstand, den Kampf um die Verteidigung der Arbeitsplätze organisieren sollen. Es hätten Betriebsversammlungen abgehalten und über allfällige Kampfmassnahmen diskutiert werden sollen. und es wäre sicher nicht nur bei den Diskussionen geblieben, sondern man hätte Aktionen organisieren können: Von Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung über Demonstrationen bis hin zu einem Streik und der Besetzung des Betriebes. So wäre es möglich gewesen, alle betroffenen Arbeiter(innen) zu mobilisieren. Dies alleine hätte jedoch nicht

genügt: Auch die anderen Arbeiter(innen) hätten zur Solidarität mobilisiert werden müssen. Alle Arbeiterorganisationen hätten sich zusammenschließen sollen, um diese Solidarität möglichst breit und gut zu organisieren: Informationsveranstaltungen, Unterstützungsaktionen. Es war nicht nur falsch, den Unternehmern zu vertrauen, sondern auch vom Regierungsrat zu viel zu erwarten. Die Ersteren haben nur für ihre Interessen geschaut. Die Zweiten haben fast nichts gemacht mit der Begründung, da es sich um eine strukturelle Krise handelt, lohne es sich nicht, den Betrieb zu unterstützen. Selbst der Konsultativrat für Wirtschaftsfragen, (eine Kommission, in der Unternehmer und Gewerkschaften vertreten sind) konnte und wollte nichts tun. Wieder einmal haben die Lohnabhängigen den kürzeren gezogen, weil sie den Unternehmern Treu und Glauben geschenkt haben. Es ist nicht möglich, Arbeitsplätze zu erhalten, wenn man sich den kapitalistischen Sachzwängen unterwirft. Aufgedrängt haben sich Losungen wie die eines regionalen Krisenfonds, der Betriebe unterstützt, welche in Schwierigkeiten geraten sind und von denen eine Region abhängt. Dieser Fonds soll

soll gespiesen werden aus einer Sondersteuer auf Banken, Versicherungen etc. Damit die Unternehmer diese Gelder nicht missbrauchen, ist eine Kontrolle seitens der Arbeiter(innen) und ihrer Organisationen nötig. Das heisst, die Gewerkschaften müssen ein Vetorecht haben über die Entscheidungen der Unternehmer. Statt Mitbestimmung heisst das, den Unternehmern die eigenen Interessen aufzwingen.

Ein solches Vorgehen hätte erlaubt, die Verantwortlichen zum Zahlen zu zwingen: Direktion und Aktionäre der Spinnerei Aege-ri, deren schlechtes Management die Krise verschärft hat - und auch die Banken, deren Währungs-politik (Frankenkurs) für die Krise in der Textilindustrie verantwortlich ist. Aber wie können solche Vorschläge realisiert werden?

Zum Beispiel am 1. Mai

Der 1. Mai ist eine konkrete Gelegenheit, um die Mobilisierung der Arbeiterschaft voranzutreiben. Was das Gewerkschaftskartell auch dieses Jahr bietet, ist geradezu skandalös. Man wagt nicht, sich auf der Strasse zu zeigen! Stattdessen wird die Veranstaltung in einem Saal (Coop-Restaurant) durchgeführt.

Bereits anfangs Jahr hatte das Gewerkschafter-Komitee dem Gewerkschaftskartell vorgeschlagen, gemeinsame Gespräche um den 1. Mai zu führen - was abgelehnt wurde. So ist das Gewerkschafterkomitee gezwungen, alleine etwas zu organisieren, wie schon in den letzten Jahren. Voraussichtlich wird es wieder einen Umzug geben. Nachher wird das Gewerkschafter-Komitee dazu aufrufen müssen, die "offizielle" Veranstaltung zu besuchen. Denn diese stellt, so minimal sie ist, eine Mobilisierung der

Zuger Arbeiterschaft dar. Nicht zuletzt kann so gezeigt werden, dass wir die Einheit auch in der Praxis suchen.

Eine zwielichtige Rolle spielt auch dieses Jahr die SP. Sie hat sich noch nicht - und voraussichtlich auch weiterhin nicht - über den 1. Mai ausgesprochen. Schon in den letzten Jahren hat sie sich nie offiziell einer 1. Mai - Veranstaltung angeschlossen, weder der des Gewerkschaftskartells, noch derjenigen des Gewerkschafter-Komitees. Wir können ihr nun den Vorwurf nicht ganz ersparen, dass sie (abgesehen von der Arbeit im GBH und VPOD) herzlich wenig zur Mobilisierung der Arbeiterschaft und zur Reaktivierung der Gewerkschaftsbewegung beiträgt.

Auch wir sind uns bewusst, dass es nicht einfach ist, am 1. Mai viele Arbeiter zu mobilisieren. Aber man muss es versuchen und darf nicht einfach die Flinte ins Korn werfen und feststellen, dass eine Veranstaltung im kleinen Rahmen sich bewährt hat und nichts grösseres gewagt werden soll - wie es das Gewerkschaftskartell tut. Es ist einmal nötig, dass der 1. Mai von allen Organisationen (Gewerkschaftskartell, Gewerkschafter-Komitee, SP, RML, FBB) veranstaltet wird. Es wäre auch nötig, vor dem 1. Mai in allen Gewerkschaften - nicht nur in den Vorständen - über die Bedeutung dieses Tages zu diskutieren. So wäre es ganz sicher möglich, mehr Kollegen(innen) von der Notwendigkeit einer grossen Kundgebung am 1. Mai zu überzeugen und sie so hinter dem Ofen, respektive hinter dem Fernseher hervorzulocken. Und wer weiss, ob nicht einige von ihnen auch nach dem 1. Mai aktiv in den Gewerkschaften mitmachen würden.

Bruno Bollinger

Kampagne Mutterschaftsversicherung:

BILANZ UND PERSPEKTIVEN EINER EINHEITSARBEIT

In diesem Artikel wollen wir versuchen, eine erste Bilanz der Kampagne für einen wirksamen Mutterschutz (MSV) zu. Die Lage hat sich seit dem Erscheinen des letzten BIB wesentlich verändert.

Nach der gut besuchten, von SP, FBB und RML gemeinsam organisierten Informationsveranstaltung fanden regelmässig Koordinations-sitzungen statt, die bereits einige Erfolge zeitigen:

-Die Koordination organisierte die Unterschriftensammlung und verfasste dazu ein attraktives Flugblatt

-sie ermöglichte weiteren Interessierten die Mitarbeit in der FBB-Theatergruppe, welche ein Puppentheater zum Thema MSV ausarbeitet.

-sie beteiligt sich an der nationalen Konferenz der lokalen MSV-Unterstützungskomitees vom 9./10. Juni in Bern.

-sie will sich in Richtung der Oeffentlichkeit (z.B. Podiumsgespräch) weiter aktivieren.

Vor allem der letzte Punkt ist wichtig. Es ist von zentraler Bedeutung für den Erfolg der Initiative, ob es gelingt, eine inhaltliche Kampagne zu führen, welche den Rahmen einer blossen Unterschriftensammlung sprengt. Dies aus zwei Gründen:

1) Es ist eine normale Erscheinung, dass beim Unterschriftensammeln minimalistisch argumentiert wird, damit man die Unterschriften zusammenbringt. Was bedeutet das Konkret? Leute, die unterschreiben, weil sie zuwenig über den Inhalt der Initiative orientiert sind, indem man ihnen etwa den bezahlten Elternurlaub verheimlicht, werden die Initiative bei der Abstimmung nicht unterstützen, wenn gleichzeitig ein gemässiger Gegenvorschlag vorliegt.

2) Ueber die Inhalte der Initiative nicht diskutieren heisst, eine weitere Gelegenheit verpas-

sen, ein breites Bewusstsein über die Frauenunterdrückung und ihre Ueberwindung zu wecken und zu fördern. Wie oft erscheint in der Politik eine so klare Frauenforderung? Seit dem Jahr der Frau ist die Gleichberechtigungs- und Emanzipationsbegeisterung der bürgerlichen Parteien und ihres Staates merklich abgeflaut (vgl. Stellungnahme des Bundesrates zur Initiative "Gleiche Rechte für Mann und Frau"). Die in die MSV-Initiative integrierte Forderung nach einem bezahlten Elternurlaub aber sprengt den Rahmen der gegen die Lohnabhängigen gerichteten Sparpolitik. Sie stellt die Beurteilung der Frauenerwerbstätigkeit als Doppelverdienertum und damit die traditionelle Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft überhaupt radikal in Frage.

Es muss ein gemeinsames Bedürfnis der Frauen- und Arbeiterbewegung sein, diese Fragen zu stellen und zu klären. Leider kam es bisher an den Koordinations-sitzungen selten zu Diskussionen über solche inhaltliche Fragen und über die verschiedenen Vorstellungen der Wege zur Frauenbefreiung, wie sie sich in der Praxis von FBB, SP, RML oder Gewerkschaften zeigen. Vielleicht kommt um die Organisation der Oeffentlichkeitsarbeit herum eine Debatte unter den Aktivistinnen in Gang. Die Chance, die sich durch die Zusammenarbeit so unterschiedlicher Organisationen ergeben hat, soll optimal ausgenützt werden.

Sybille Schmid

PS: Wer sich für eine Mitarbeit in der Koordinationsgruppe oder die nationale Konferenz in Bern interessiert, kann von uns weitere Angaben erhalten.

SP - Matinéés:

KEINE SOZIALISTISCHE THEORIE OHNE SOZIALISTISCHE PRAXIS

Die SP-Matinéés über "Mensch und Arbeit" sind eine gute und un-
terstützenswerte Idee - aus vie-
lerlei Gründen. Zuerst einmal
tragen sie dazu bei, das riesige
Theoriedefizit in der schweize-
rischen Arbeiterbewegung etwas
abzubauen - ein Theoriedefizit,
das eng verbunden ist mit einem
noch grösseren Bewusstseinsman-
gel. Sie bieten gute und frucht-
bare Diskussionsmöglichkeiten in
der Zuger Linken. Schliesslich
stellen sie grundsätzliche, d.h.
radikale Fragen, etwa die vor
allem von Sozialdemokraten, aber
auch vom Gespann POCH-PdA gerne
verdrängte: die nach Kapitalis-
mus oder Sozialismus.

Erwähnt man all diese positi-
ven Punkte, die eindeutig sind
und überwiegen und keiner weite-
ren Ausführung bedürfen, kommt
man nicht darum herum,

einige Bedenken

zu äussern. Wenn eine Sozialde-
mokratische Partei, die mit ih-
rer Kollaborations- und Arbeits-
friedenspolitik tief im bürger-
lichen Sumpf steckt, am Sonntag
morgen derart radikal-abstrakte
Thesen zur Diskussion stellt,
drängt sich da nicht ein Ver-
gleich auf: der mit dem bekann-
ten Katholiken, der die sechs
Werktage im irdisch-kapitalisti-
schen Sumpf wühlt und dann am
siebten in der Sonntagsmesse
reutig seine Augen zum himmlischen
Endziel erhebt? Wenn diese Fra-
ge - zumindest was die Bildungs-
gruppe betrifft - sicher zu bö-
artig ist, um korrekt zu sein,
bleibt trotzdem der Einwand:
Genügen die SP-Matinéés dem al-
ten Anspruch "keine sozialisti-
sche Theorie ohne sozialistische
Praxis, keine sozialistische
Praxis ohne sozialistische Theo-
rie"?

In den Matinéés tauchte die
linke Gretchenfrage

auf: warum ist die schweizeri-
sche Arbeiterschaft derart passiv
und bewusst-los? Aus sozialdemo-
kratischen Voten hörte man haupt-
sächlich zwei Argumente: der
"hohe Lebensstandard" und die
"nordische Mentalität". Die Erklä-
rung mit dem "hohen Lebensstan-
dard" stimmt nur sehr begrenzt.
In allen europäischen Ländern,
wo es Streikbewegungen gibt,
sind die bestbezahlten Arbeiter
zugleich die kämpferischsten -
oder besser gesagt: sind die
kämpferischsten Arbeiter die
bestbezahltesten. Das Mentalitäts-
argument stimmt überhaupt nicht.
Im ersten Drittel dieses Jahrhun-
derts war die norddeutsche Arbei-
terklasse die weitaus radikalste
und bewussteste ganz Europas.
Die Deutschschweizer Arbeiter
waren linker als die welschen.

Warum weigern sich die SP-Ge-
nossen derart beharrlich, das
Kind bei seinem schönen Vor-Nach-
und Uebernamen "Arbeitsfrieden",
"Sozialpartnerschaft", "Zauber-
formel" zu nennen? Spricht man
sie auf den Arbeitsfrieden an,
sehen sie die grosse Schwierig-
keit vor Augen, in Gewerkschaften,
die von eigenen Parteigenossen
oft sehr undemokratisch geführt
werden, Opposition betreiben zu
müssen. Spricht man sie auf "So-
zialpartnerschaft" an, so zeigt
sich das Tabu, das für die SPS
die Beteiligung in den kantonalen
Regierungen, in all den Kommissi-
onen und im Bundesrat nun mal ist.
Darum sprechen sie lieber von
"Lebensstandard" und "Mentalität"
als vom "Arbeitsfrieden", was
dringend nach praktischen Konse-
quenzen ruft.

Eine noch wichtigere Frage ist
die, was wir kämpferischen Sozia-
listen zur

Aktivierung und Bewusstseinsbildung

der Arbeiterschaft beitragen kön-
nen? In vielen Diskussionsbeiträ-
gen tauchten immer wieder zwei

extreme Meinungen auf: die, wozu es ein hoffnungsloses Unterfangen sei und die, dass es von einem Tag auf den andern (praktisch auf höhere SP-Eingebung) passiere. Die beiden Positionen bilden die berühmten zwei Seiten der gleichen Münze. Sie haben dieselbe Logik und dieselbe Konsequenz: in den alten Geleisen der Klassenzusammenarbeit weiterfahren - vielleicht mit etwas rötteren Wagen, etwas mehr Dampf und einem besser kontrollierten Lokiführer.

Sagt man aber, dass die kollektive Diskussion in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen, das gemeinsame Handeln durch Streiks, (1. Mai) Demonstrationen, Fabrikbesetzungen, Einheit aller Linken gegen das (und nicht mit dem) Bürgertum der einzige Weg ist, auf dem die schweizerische Arbeiterbewegung aktiv, bewusst, solidarisch und stark wird, hat auch das den peinlichen Haken, dass er praktische Schritte fordert, die "zu radikal" sind. Das heisst nämlich, in der L&G und im SMUV eine Arbeit aufnehmen, die den "lieben" SP-Genossen Weiss, Eberle usw. gegen den Strich geht. Das heisst auch, gegenüber dem Bürgertum sein Image als "vertrauenswürdiger Partner" zu ver-

lieren. Das heisst weiter, das in der Deutschschweiz verschriene "Manifest 77" zu unterstützen und in der L&G, im SMUV zu lancieren. Das heisst, die Klassenkollaboration mit dem Kapital aufzugeben und eine echt-linke Opposition zu betreiben.

Von linker SP-Seite bleibt noch ein Einwand - der Genosse Emil Zopfi hat ihn formuliert: das "Manifest 77" sei schon gut, aber es hätte in der Deutschschweiz keinen Boden. Ist das ein Grund, das "Manifest" für unsere Breitengrade abzuschreiben? Wenn für das "Manifest 77" der Boden noch geschaffen werden muss, wer soll es denn tun, wenn nicht wir Sozialisten? Sicher, diese Arbeit ist mühsam und harzig. Ist sie aber nicht viel fruchtbarer als auf den Geleisen von 40 Jahren Arbeitsfrieden und 60 Jahren Klassenkollaboration weiterzufahren? Bringt es nicht mehr, wenn wir Linken uns endlich einmal zusammen tun und gemeinsam den Weg begehen, der als einziger die Schweizer Arbeiterschaft aus dem Sumpf von Passivität, Unsolidarität, sinnloser "Freizeitbeschäftigung, Konsumterror, Autofimmel führen kann. Wenn aus den SP-Matinées ein konkreter Schritt in diese Richtung erwächst - zum Beispiel eine gemeinsame 1. Mai Demonstration - haben sie ihre sozialistische Aufgabe erfüllt.

Josef Lang

* * * * *

Leserbrief:

DER JUDAS IN DER ADVENDSGESCHICHTE

Ich freute mich sehr, als ich in Zug eine Hauswand wunderbar und heimelig bemalt sah, und wir schrieben nicht zuletzt mit einem Augenzwinkern für die

Künstler die Sätze: "Kein Fest zu klein, Werbung zu sein" und "Willst du die Wände verzieren, musst du mit den Reichen kopulieren." dazu, d.h. neben die Reklame

men. denn da standen gross aufgeführt, auf Augenhöhe, und für mich war dies wie ein "Schlag auf's Auge" die Namen jener Geschäfte, die den Adventskalender ermöglicht haben sollten, mit anderen Worten, die ihn finanzierten.

"Entrüstung und Wut" sollten darob nicht bei den Herstellern "begreiflicherweise gross" sein, sondern bei den Passanten; aber nicht unseretwegen, sondern der Geschäfte wegen, die den Adventskalender zur Reklame missbrauchten.

Warum schreibt H.R., wir hätten den Kalender "verschandelt"?

Wenn wir etwas gegen Reklame schreiben, wenn wir auf unsere Art mit unseren Mitteln die Arroganz der Geschäfte angreifen, wenn wir versuchen, den Unverstand und das Fehlen jeglichen Sinnes für die Schönheit der Arbeit der Kinder von Seiten der Geschäfte blosszulegen und damit die Reklame zu einem schlechten Geschäft für die Firmen zu machen versuchen, was ist daran so schlimm?

Es ist bezeichnend für die bürgerliche Presse, dass sie diese Seite der Sache unterschlägt, dass sie schreibt, wir, und nicht die Reklame hätten den Kalender verschandelt, aber von H.R. finde es enttäuschend und kleinlich, wenn er sich auf solch abschätzige Weise von unserer Aktion distanziert.

Diesen Artikel habe ich geschrieben, da ich der Meinung bin, dass es um mich herum genug Leute und genug Parteien gibt, die die "Wahrheit und das was gerecht und richtig ist" gepachtet zu haben meinen, denen es an Toleranz und Freiheit fehlt, und ..und es wäre schade, wenn ich solche Erfahrungen nun auch mit der RML machen müsste.

Die Antwort auf den Brief:

Lieber N.,

Wir zweifeln nicht daran, dass ihr's mit eurer Aktion gut gemeint habt. Aber ebenso steht fest, dass ihr damit uns geschadet, den beteiligten Kindern und Künstlern die Weihnachtsfreude geraubt, an Bewusstseinsveränderung aber überhaupt nichts bewirkt habt. Als lachende Dritte bleiben das "Zuger Tagblatt" und all jene, die froh um die Gelegenheit sind, die Linke auf unpolitische Art zu verunglimpfen.

Wenn's euch wirklich darum ging, die weihnächtliche Geschäftemacherei anzuprangern, warum seid ihr da nicht - wie wir als Teil der "Arbeitsgruppe Dritte Welt" vor Jahren - mit Sandwiches durch die Strassen gegangen, warum habt ihr keine Flugblätter verteilt, auf denen ihr euer Anliegen viel besser und breiter hättet erklären können als mit Spraysprüchen?

Liegt es daran, dass es mehr Zivilcourage braucht, für seine Meinung offen einzustehen, als sie zu einer nächtlichen Stunde an die Wand zu spritzen?

Die Tatsache, dass man von dir sehr wenig, vonden andern überhaupt keine linken Aktivitäten kennt, bestärkt mich in meinem Verdacht.

Josef Lang

* * * * *

N.

BLITZLICHTER:

INTERNATIONALE SOLIDARITAET: Rund 50 Leute fanden sich am 21. Feb. zum RML-Meeting über den Iran in Zug ein. Nach dem historischgehaltenen Einführungsreferat entspann sich eine lange Diskussion über die brennendsten aktuellen Fragen:
Aufbau der Arbeiterbewegung, Interpretation des Einflusses von Khomeini und die Zukunft der iranischen Frau.

* * *

MAULWURF-JUGENDKREIS GEGRUENDET: Mitte Februar ist - aus dem Mittelschüler und Lehrlingskreis hervorgehend - der Maulwurf-Jugendkreis gegründet worden. Wir möchten für alle linken Jugendlichen von 15 - 25 ein Diskussionsforum sein für aktuelle Probleme. Dabei soll die offene Diskussion über Probleme, die uns Jugendliche direkt betreffen, nicht zu kurz kommen. Wir bleiben aber weiterhin auch nach aussen aktiv: Mit einer kleinen Jugendzeitung, die unter anderem auf lokale Dinge eingeht und mit Veranstaltungen. Wer sich für uns interessiert, kann mit schreiben (Martin Stuber, Industriestrasse 11, Zug) oder ungeniert telefonieren (21'90'97) oder an den nächsten Kreis kommen, der im Zusammenhang mit der Mutterschutzinitiative vor allem der Diskussion über die Familie gewidmet sein wird. Wir treffen uns am 9. April um 19.30 Uhr vor dem Restaurant Gotthardhof.

Martin Stuber

* * *

ABHOERGESETZ: Der Zuger Kantonsrat hat eine neue Strafprozessordnung beschlosse, die nun auch die Ueberwachung von Briefpost und Teelefon legalisiert. Die Schlussfassung wurde gegenüber dem Regierungsrätlichen Vorschlag etwas gemildert, indem etwa eine Mitteilungspflicht bei irrtümlichen Abhörverfahren eingebaut wurde. Auch in dieser Form ist das Gesetz ein Angriff auf die demokratischen Freiheiten. Doch die Verschlechterung gegenüber dem geltenden Recht ist gering - bisher hörte die Zuger Polizei auch ohne gesetzliche Grundlagen ab. Eine wirksame Kontrolle der Abhörerei ist nur durch gewerkschaftlich organisierte und kämpferische PTT- und Verwaltungangestellte möglich. Aufgrund dieser Ueberlegungen haben wir uns entschlossen, nicht auf die Ergreifung des Referendums zu drängen.

* * * * *

AN DIE URNE: Am 20. Mai heisst es nicht nur gegen das Atomgesetz, sondern auch gegen die Neuauflage der Mehrwertsteuer ein Nein in die Urne zu legen. Diese Steuer trifft vor allem die Lohnabhängigen und soll unter anderem zur Finanzierung der geplanten Erhöhung der Militärausgaben dienen.

* * *